

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 698.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Petitzeile 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile mit Plagvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Restame-Petitzeile 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neue deutsch-nationale Erzeffe in Berlin.

Deutsch-nationaler Krach im Adlon-Hotel.

Ein Hohenzollernprinz in Schutzhaft.

Berlin, 7. März. (W. Z. B. meldet: In einem schweren Zusammenstoß kam es in der vergangenen Nacht im Hotel Adlon zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, einem Sohn des Prinzen Albrecht, und andern deutschen Gästen mit drei Mitgliedern der französischen Militärkommission, Kapitän Klein, Hauptmann Rougevin und Vorkommandant Dumar. Als die Kapelle im Kleinen Saale neben dem Nachhof „Deutschland, Deutschland über alles“ spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz, der mit einem neben ihm stehenden russischen Staatsrat bereits einige Flaschen Wein getrunken hatte, sprach erregt auf und rief den französischen Herren zu: „Ausstehen, sonst raus!“ Da dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warf der Prinz eine Blumenwase nach dem Militärchef, wo die Ausländer saßen. Andre Gäste folgten seinem Beispiel. Als der Prinz in maßloser Erregung mit einem schweren Kerzenhalter auf seine Gegner, die sich kräftig verteidigten, einzuschlagen versuchte, umringelten ihn die Kellner und drängten ihn hinaus. Den französischen Herren, die Zivil tragen, waren teilweise die Kleider zerrissen. Auch haben sie Beulen, Quetschungen und Schnittwunden davongetragen. Der Prinz soll übrigens schon vor einigen Tagen einen persönlichen Zusammenstoß mit dem Kapitän Klein gehabt haben.

Prinz Joachim Albrecht bestreitet telephonisch dem W. Z. B. gegenüber, daß er in der gemeldeten Weise an dem Vorfall beteiligt gewesen sei. Er habe in Gesellschaft anderer Persönlichkeiten in einer Ecke gesessen und habe den Verlauf des Zwischenfalls nicht einmal verfolgen können, weil zwischen seinem Tisch und dem Tisch der französischen Herren eine große Anzahl Personen sich aufgestellt hätte. Auch habe er keinerlei Gegenstände geworfen.

Berlin, 7. März. Der Reichsweheminister hat verkündet, daß Prinz Joachim von Preußen und Rittmeister von Plathen, der gleichfalls an dem Zwischenfall im Hotel Adlon beteiligt war, vorläufig in Schutzhaft genommen werden.

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtmeldung der W. Z.) Die Berichte von Augenzeugen der Ereignisse im Hotel Adlon in Berlin (siehe Seite 2 Berlin) lassen das Bild der Vorfälle noch skandalöser erscheinen, als es der offizielle Bericht tut. So bringt der Botschafter eine Darstellung; in ihr heißt es:

„Erst etwa zwei Wochen vor dem 44-jährigen Prinz Joachim Albrecht von Preußen, ein Sohn des jetzigen Prinzregenten von Braunschweig als Abendgast im Adlon eingeleitet. Der Prinz, der es von vornherein darauf angelegt hatte, einen Krach mit den Ausländern herbeizuführen, ließ dann jedes Mal von der Kapelle Deutschland, Deutschland über alles spielen, wobei die anwesenden Deutschen gewöhnlich aufstanden, während die Ausländer sitzen blieben. Da die Ausländer meist einen sehr großen Teil der Gesellschaft bildeten, fühlten sich der Prinz und seine Anhänger noch so ziemlich schwach, so daß es zunächst mit kleinen Plänkchen abging. Am Sonnabendabend erschien nun der Prinz mit einem größeren „Gesolge“, das sich an verschiedene Tische verstellte. Gegen 11 Uhr abends, nachdem schon mehrere Flaschen geleert waren, küßte der Prinz der Kapelle abermals 30 Mk., damit sie Deutschland, Deutschland über alles spielen sollte. Da die Sache diesmal organisiert war, fand sich alles auf, nur eine Unschicklichkeit blieb sitzen. Sie bestand aus Mitgliedern der französischen Delegation.“

Der schon stark bezechte Prinz Joachim brüllte nach dem Franzosenhelfer hinüber: „Ausstehen, Ausstehen!“ Am nächsten Abendküßte er die auf seinem Tische stehende Blumenwase hinüber, der er ein leeres Glas folgen ließ, das unmittelbar neben der zur französischen Gesellschaft gehörenden Dame verbleibt. Er ergriff sodann einen Kerzenhalter mit brennenden Kerzen um wollte ihn auf die Blase und unbeweglich dastehenden Franzosen schüttern, als ihm ein Kellner in den Arm fiel.

Die Worte des Prinzen waren das Signal zu einem allgemeinen Angriff. Es wurde zunächst ein Trommelfeuer von Gläsern und Tellern eröffnet, ehe man zum Nahangriff überging. Ein Rowdy, der sich als ein Prinz Hohenzollern bezeichnete, zog seinen Schwanz aus und schlug mit diesem auf die Franzosen ein. Inzwischen hörte man durch einen unbefugten Zutritt immer wieder die Stimme des Prinzen brüllen: „Schlagt sie tot, die Lunde, schlägt sie tot!“

Den französischen Herren, denen tadelloser, in keiner Weise herausforderndes Verhalten von allen nächstern Augenzeugen bestätigt wird, erlitten mehr oder minder erhebliche Beschädigungen, glücklicherweise keine gefährlichen.

Monarchistische Demonstrationen in Potsdam.

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtmeldung der W. Z.) In Potsdam kam es anläßlich der Schließung der dortigen Unteroffizierschule zu monarchistischen Demonstrationen. Bei einer Abschiedsfeier vor versammelten Offizieren und Mannschaften hielt der Inspekteur der Infanterie-Schule, Generalmajor Hoffmann, eine Rede, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß Deutschland einst wieder Monarchie werden möge. Nach einem begeisterten Aufgenom-

men Hoch auf den Kaiser, spielte die Musik Heil Dir im Siegerkranz. Die Versammelten stimmten in die Melodie ein. Am Sonntag fand ein Feldpolizeidienst statt. Der Mar war mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt. Es wurde wieder eine monarchistische Ansprache gehalten.

Der Präsidenschaftskandidat der Gegenrevolution.

Der von den Deutschnationalen und Verwandten schon mehrfach erwogene Plan, Hindenburg als Präsidenschaftskandidaten aufzustellen, ist jetzt zur Reife gekommen. Herr Hindenburg hat sich zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt und die Deutschnationalen und die deutsche Volkspartei wollen in Verbindung mit dem famosen „unparteilichen“, d. h. alldutschen Reichsbürgerrat, einen Aufruf für den alldutschen Heros erlassen. Dazu haben die Leute in das Recht; unverdächtig und unerschrocken im höchsten Grade ist aber das Bedenken, diesen ausgesprochenen Kandidaten der Gegenrevolution als einen „unparteilichen“, über den Parteien stehenden Kandidaten zu präsentieren. Das ist natürlich nur eine Spekulation auf den unpolitischen, militarfrommen Spieler, der in allen bürgerlichen Parteien und selbst noch bei den Rechtssozialisten zu finden ist. Wechselt denn auch diese Parteien über diese Kandidatur, die ihnen die Wähler weganzugeln droht, höchst erregt sind. Dazu haben wir nun keinen Grund. Wir haben vorerst nur lässig und geschäftsmäßig festzustellen, daß diese Kandidatur eine Veräußerung der Gegenrevolution, ein Schritt zur monarchistischen Restauration und ein vorzügliches Mittel ist, die Verleumdung Deutschlands in der Welt zu verlängern. Wenn das deutsche Volk nach allen Erfahrungen der letzten Jahre noch einen Präsidenten Hindenburg vertragen sollte, so würde es seiner politischen Schätzung ein beklammenswertes Zeugnis ausstellen. An der Arbeiterschaft und allen wahrhaft revolutionäre Bestimmten liegt es, diesen Anschlag abzuwehren und die Ehre des deutschen Volkes zu retten.

Ein Anschlag auf Bela Kahun.

W. Wien, 8. März. Zehn ungarische Offiziere verletzten Bela Kahun aus dem Spital in Stoderau zu entführen. Dem Kaiser boten sie 1500 Kronen. Dieser verweigerte jedoch die Forderung. Die Offiziere schickten darauf im Automobil, ohne ihr Vorhaben ausgeführt zu haben. Die Vorkehrungsregeln sind verschärft worden.

Antifemistische Demonstration in München.

München, 8. März. (W. Z. B.) Am Sonntagmittag fanden auf dem Lenbachplatz vor der Feldherrnhalle Kundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausbeutung durch Schieber, Wucherer und ausländische Juden richteten. Die demonstrierende Menge wurde vor dem Ministerium des Innern von Abteilungen der Polizei und der Reichswehr aufgehalten und räumte den Platz, nachdem Vorstandsmitglieder vom Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund, die inzwischen beim Minister Endres vorstellig geworden waren, beruhigende Erklärungen abgegeben hatten.

Schon wieder eine Kommunistenversammlung aufgelöst.

Frankfurt a. M., 8. März. Hier versied eine Kommunistenversammlung, die sich mit dem Thema: Kunst und Proletariat (!) beschäftigte, der Auflösung, weil die Redner meist nicht über Kunst, sondern über Völkerei (!) sprachen. Kriminalbeamte beschlagnahmten das Vortragsmaterial. Alle Versammlungsteilnehmer, etwa 150 Frauen und Männer, wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo die eingehende Feststellung ihrer Personalien erfolgte. Der Einberufer und Leiter der Versammlung, Fritz Sover, der Inhaber der kommunistischen Blätterliste, und drei andre Personen wurden in Haft gehalten.

„Ein für die öffentliche Ruhe gefährlicher Ausländer.“

In einem Leitartikel schreibt das Amsterdamer Allgemeine Handelsblatt, daß die Kaiser-Frage infolge der Antwort der niederländischen Regierung nicht mehr dränge. Das Blatt glaubt, daß die Allierten nicht mehr auf diese Frage zurückkommen würden. Es folgert aus der Note, daß die Regierung auf Grund des Ausländergesetzes bestimmen werde, auf welche Weise des Ex-Kaisers Freiheit beschränkt werden unterworfen wird. Die Reiterung sehe den Kaiser auf Grund dieses Gesetzes als einen Ausländer an, der für die öffentliche Ruhe gefährlich ist und könne ihm demnach innerhalb des Königreiches einen bestimmten Platz als Verblich anweisen.

Das Londoner Blatt Daily Chronicle sagt zur Antwortnote der niederländischen Regierung, es könnte nicht die Ansicht teilen, daß die Freiheitsbeschränkung des normalen Deutschen Kaisers bisher genügend gewesen sei. Die Allierten hätten das Recht, darauf zu dringen, daß bestimmte Bürgschaften gegeben würden.

Die Verschwörung des Schweigens.

Die Unterschlagung der unterschlagenen Belagerungszustands-Aufhebung.

Unsre Enthüllung, daß der Belagerungszustand über Sachsen zwischen dem 3. Januar und dem 9. Februar aufgehoben war, daß infolgedessen alle Handlungen, die auf Grund des angeblichen Belagerungszustandes in Sachsen vorgenommen wurden, also die gesamten Presseverbote und Schutzhaftverhängungen usw. einen flagranten Bruch der Verfassung und der Gesetze darstellten, daß die Aufhebung des Ausnahmezustandes dem sächsischen Volke einfach unterschlagen worden ist, diese durch die amtlichen Dokumente von uns unwiderleglich bewiesene Feststellung hat die Regierung offenbar in die tödlichste Verlegenheit veretzt. Die Herren wissen nichts zu sagen, sie können nicht bestreiten angeichts der Dokumente und sie wollen natürlich nicht eingestehen. Und so tun sie, was in solchen Fällen ihnen das Klügste scheint und in Wahrheit das Dummste ist: sie stellen sich tot, sie tun, als wäre nichts geschehen, als hätten sie nichts in unsern Blättern über diese ungeheuerlichen Dinge gelesen. Sie schweigen. Mit ihnen schweigt ihre dienstbare Presse.

Eine Verschwörung des Schweigens, an der sich die bürgerliche Presse, da sie sich gegen die verhassten Unabhängigen richtet, gestimmungsbüchtig beteiligt, soll die unbedeutsame Wahrheit erklären: Von dem offiziellen Dresdner Regierungsblatt, der rechtssozialistischen Dresdner Volkszeitung, bis zu den deutschnationalen Organen ist alles stumm. Die verurteilende Anklage ist für sie nicht vorhanden, ihre Leser dürfen davon nicht erfahren. Ein einziges Blättchen, die bewußte Freie Presse in Leipzig, tanzt aus der Reihe, offenbar, da ihr bei ihrem bekannten verflümmerten Rechtesempfinden die Ungeheuerlichkeit der Enthüllung nicht zum Bewußtsein gekommen ist, so daß sie die Notwendigkeit des Schweigens nicht eingesehen hat. Dieses ehrenwerte Organ hält die Sache für gar nicht so schlimm. Es meint offenbar, daß die sächsische Regierung berechtigt war, diese Verfügung der Reichsregierung nicht zu beachten und sie dem sächsischen Volke vorzuenthalten. Es erklärt, da in den Tagen nach dem 3. Januar die Agitation der Unabhängigen gegen das Betriebsrätegesetz, die zu den blutigen Vorgängen am 13. Januar führte (!), schon in vollem Gange gewesen sei und die Regierung veranlaßt habe, diesen Vorgängen ihre Aufmerksamkeit zu widmen, so sei es ganz erklärlich, „wenn die Verordnung über die Aufhebung des Belagerungszustandes schließlich nicht veröffentlicht wurde, es also beim alten Zustande verblieb“. Wir vermehren hier nebenbei, daß nach der Auffassung dieses „sozialdemokratischen“ Organes also die Agitation gegen einen Gesetzentwurf, die nichts über die gesellschaftlichen Formen hinausging — es ist in ganz Sachsen an keinem Orte auch nur zur Kenntnis Kurze oder Unordnung gekommen — zur Begründung des Ausnahmezustandes ausreichte. Diese Kennzeichnung der Ausnahmezustand, der Sozialistengesetz-Politik, der die Scheidemannner verfallen sind durch sie selbst, verdient immerhin jeztgenagelt zu werden.

Die Bemerkungen des Blattes zur Sache selbst zeigen die völlige Ausichtslosigkeit, die Schuldigen an der Unterdrückung der Aufhebung des Belagerungszustandes reinzuwaschen. Die Freie Presse möchte offenbar konstruieren, daß die Verordnung des Reichspräsidenten, die den Ausnahmezustand am 3. Januar aufhob, nicht in Kraft getreten sei, weil sie von der sächsischen Regierung nicht veröffentlicht worden sei. Die Veröffentlichung im Verordnungsblatt soll nichts bedeuten. Das ist natürlich vollendeter Unsinn. Die sächsische Regierung war gar nicht berechtigt, die Verordnung des Reichspräsidenten der Öffentlichkeit vorzuenthalten, sie mußte sie sofort bekanntgeben und veröffentlichen. Die sächsische Regierung steht nicht über dem Reichspräsidenten und hat ihn nicht zu zensurieren, sie bildet keine übergeordnete Instanz, deren Zustimmung zu dieser innerhalb seiner Befugnisse liegenden Verordnung der Reichspräsident etwa einzuholen hätte, die die Verordnung erst rechtsgültig machte. Der Ausnahmezustand wird nach der Reichsverfassung vom Reichspräsidenten — unter Gegenzeichnung des Reichstanzlers, wie hier geschehen, — verhängt und aufgehoben, und seiner Verfügung ist nach ihrer Abfassung ohne weiteres von den nachgeordneten Behörden, hier also zunächst von der sächsischen Regierung, nachzukommen. Wenn diese — nach der Freien Presse angeblich wegen Angst vor unfruchtbarer „halschweißlicher“ Agitation gegen das Betriebsrätegesetz, die sich, wie gesagt, in durchaus gefehlmäßigen Bahnen bewegte, — die Aufhebung des Belagerungszustandes für gefährlich hielt, so stand ihr der Weg offen, sich an den Reichspräsidenten wegen erneuter Verhängung dieser nach ihrer Ansicht unentbehrlichen Einrichtung vorstellig zu werden.

Wiederherstellung der getriebenen französischen Gebiete einen Standpunkt bedeuten würde.

Militärische Union gegen die Türkei.

Die militärischen Verhandlungen aus London erklären die Vollmacht des Generals, es werde eine militärische Expedition nach der Türkei unternommen werden, deren Hauptzweck Frankreich tragen soll.

Perische Ansprüche.

Eine perische Ausrufung, an deren Spitze der perische Minister für auswärtige Angelegenheiten steht, ist in London eingetroffen, um vor dem British Rat die Forderungen gegen die Türkei und Russland in Bezug auf die einander verfeindeten Gebiete zu begründen. — Auch ein armenischer Ausschuss ist in London angekommen und hat die Unterstützung der Reichsregierung für die Befreiung der Grenzen des Landes nachgesucht.

Englands Stellung zur Lage in Ungarn.

Amsterd., 4. März. Laut Telegramm erklärte der britische Unterstaatssekretär des Äußeren auf eine Anfrage im Unterhause, der offizielle Vertreter der britischen Regierung in Budapest habe die ungarische Regierung andauernd auf die Notwendigkeit hingewiesen, die des Nordens an Bela Somogyi und anderer Wörde Schuldigen zu ermitteln und zu bestrafen. Die britische Regierung wolle jedoch nicht das Recht des ungarischen Volkes, sich nach eigenem Wunsch eine Regierung zu wählen, verkennen, solange die Habsburger Dynastie wieder hergestellt werde und keine Feindseligkeiten gegen Nachbarstaaten unternommen würden.

Englische Küstungen zur See.

London, 4. März. Walter Long gab im Unterhause bekannt, daß sich unser Heer augenblicklich im Besitz des britischen Kriegsschiffes 1. Schlachtschiff, 9 leichte Kreuzer, 2 Torpedobote, 3 Fernreiser, 18 U-Boote, 2 Flugzeug-Mutterfahrzeuge und 5 Hilfsfahrzeuge befinden.

Verteilung Deutsch-Ostafrikas.

Amsterd., 4. März. Die Times melden zu der Grenzverteilung zwischen England und Belgien im nördlichen Deutsch-Ostafrika: Belgien Anteil an dieser früheren deutschen Kolonie sei erheblich. Belgien gewinne 18 000 Quadratkilometer westlichen Landes, es bestehe jetzt in Afrika über eine Million Quadratkilometer Landes.

Aktive Zurückziehung der amerikanischen Kommissionsmitglieder.

Washington, 5. März. Das Staatsdepartement deutet an die von einigen amerikanischen Mitgliedern nordwestlichen Westküste Forderungen, nach denen sich die Vereinigten Staaten von allen Kommissionsmitgliedern der Friedenskonferenz zurückziehen wollen. Das Staatsdepartement hat jedoch diesen Wunsch als Verletzung der Friedensverhandlungen abgelehnt.

Furcht vor den Bolschewikern in Spanien.

Nach einer Meldung aus Barcelona ist die Ueberwachung des Hafens auf die Nachricht, daß mehrere Bolschewiker nach Katalonien kommen wollen, um dort Propaganda zu machen, äußerst durchgehört worden. Gestern wurden vier Russen an Bord eines Schiffes zurückgehalten.

Gewinnbeteiligung der französischen Arbeiter?

Der Kammerausschuss für Arbeiterangelegenheiten beschloß auf Antrag des Abgeordneten Godard eine Umfrage zu veranstalten um einen Gesetzentwurf über die Beteiligung der Arbeiter und Angehörigen an dem Nutzen der Unternehmungen auszuarbeiten zu lassen.

Ungarische Sparmaßnahmen. Der ungarische Ministerpräsident Nagel hat eine Gesetzesvorlage über die Bodensteuer vorgelegt. Danach erhält der Staat das Eigentumsrecht für Grundbesitz, die über 50 Hektar betragen. Der Kaufpreis wird durch freie Einigung der Interessenten festgestellt.

Vertretung der Seefahrer. Die aus Washington gemeldete wird, daß der Schiffahrtsrat alle amtlich festgestellten Seefahrer aufgeführt. Es überläßt nun den Unternehmern die Festsetzung der Frachtlöhne für ihre Schiffe, was bei der jetzt herrschenden Schiffraumnot eine bedeutende Erhöhung der Frachtlöhne zur Folge haben wird.

Frankreich und England wollen ihre Schulden bezahlen. Der englische Schatzkanzler erklärte mit, daß der englische Schatzkanzler und der französische Finanzminister beschlossen haben, die von beiden Staaten im Jahre 1915 in Amerika aufgenommenen Anleihen zurückzugeben.

Schließung der Budapester Universität. Angeblich wegen Reibereien zwischen den griechischen und türkischen Studenten hat der Rektor die Universität in Budapest geschlossen, bis die Streitigkeiten beigelegt sind.

Nationalversammlung.

Paris, den 6. März 1920.

Eingegangen ist das Gesetz über die Grundsteuer und die Aufhebung der Grundsteuer. Am Montag soll ein Antrag der Rechten über die Dauer der Nationalversammlung diskutiert werden. Dann werden folgen das Reichsfinanzgesetz, das Gesetz über die Grundsteuer, die dritte Lesung der Entwurfsverträge und keine Gesetze. Am Freitag wird sich die Nationalversammlung auf kurze Zeit auflösen.

Ein Antrag auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Hög. Oberstleutnants (Dnat.) wegen Verleumdung wird abgelehnt.

Dann wird die zweite Lesung des Seefahrergesetzes fortgesetzt. Nach § 6 soll über die Frage, ob Land- oder Seefahrer besser geeignet sind, die Seefahrerangelegenheiten des Reichs zu schlichten, nach der Regierungsvorstellung der Reichsrat, nach der Aufhebung der Reichsrat zu entscheiden.

Hög. Schneider-Franken (R. Sp.) erhebt Bedenken gegen den ganzen Vorschlag.

Hög. Brüning (Dnat.) beantragt die Regierungsvorstellung auf Aufhebung durch den Reichsrat wiederherzustellen.

Hög. Dr. Beder-Hessen (D. Sp.) und Hög. Gelle (Dem.), dieser nur für einen Teil seiner Freunde, sowie Hög. Gerold (Zentr.) schließen sich an.

Es wird beschlossen, die Beschlüsse nicht dem Reichstag, sondern wie in der Regierungsvorstellung dem Reichsrat zu übergeben.

§ 8 bestimmt: Die Länder erheben Steuern a) vom Grundvermögen, b) vom Gewerbebetriebe.

Die Steuern können auch unabhängig vom Vertrag nach Verträgen des Landes oder Auftrags des Bundesvertrages beim Bundesvertragsbetriebe veranlagt werden. Die Gemeinden können nach dem Verträge an den Bundesverträgen in beliebiger Höhe beteiligt werden.

Dazu liegt im Änderungsantrag Dr. Beder vor, wonach Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetriebe für Bund und Gemeinde zusammen den Vertrag mit nicht mehr als 15 Prozent, soweit sie nicht nach dem Vertrag veranlagt sind, mit nicht mehr als zwei Drittel v. S. belassen.

Der Antrag Beder (Dnat.) verlangt, daß Berechnungen über Wert und Umfang von Grund und Boden nicht über 25 Jahre zurückliegen dürfen.

Ministerialdirektion v. Boer: Reformbedürftigkeit der Grundsteuer ist vorhanden, in das vorliegende Gesetz können wir aber nicht einmünden. Auch der Antrag auf Verengung der Höchstbelastung ist nicht durchführbar.

Hög. Beder (D. Sp.): So wie die gemäß notwendigen Verbesserungen in dem Antrag Beder formuliert sind, können sie in das Reichsgesetz nicht aufgenommen werden. Der überwiegende Teil des Grund- und Realvermögens muß vorergründet werden.

Hög. Beder (D. Sp.): Wir billigen die Tendenz des Antrags Beder. Dem Antrag Beder können wir nicht zustimmen.

Hög. Beder (D. Sp.): Wir legen Wert darauf, daß die Länder verpflichtet sind, die Steuern an der Ertragsquelle zu besteuern und daß es nicht nur ihrem Ermessen überlassen bleibt, der Tendenz des Antrags Beder zustimmen zu lassen.

Hög. Beder (D. Sp.) zieht seinen Antrag zugunsten einer entsprechenden Resolution zurück. — Die Resolution wird einstimmig angenommen.

§ 8 bleibt unverändert.

Der § 9 lautet nach der Vorlage: Die Ertragssteuern dürfen nicht wie Einkommensteuern ausgestellt werden. Den zweiten Satz: Besteuerungsmerkmale, die auf die Verwirklichung der persönlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen abzielen, sollen nicht zugrundegelegt werden, hatte der Ausschuss gestrichelt.

Hög. Beder (D. Sp.) beantragt die Streichung.

Hög. Prof. Dr. Neumann-Hofer (Dem.): Es kommt auf die Bestimmung des Reichs als letztem an. An diesem Grundsatz darf nicht geirrt werden.

Es wird beschlossen, den vom Ausschuss gestrichelten Satz wieder einzufügen.

§ 14 läßt den Religionsgesellschaften das Recht, Zulage zu den Kirchensteuern zu erheben.

Der Antrag Beder (D. Sp.) auf Streichung wird abgelehnt, der Paragraph unverändert angenommen.

Der § 16 bestimmt in der ursprünglichen Fassung, daß Länder und Gemeinden mit zwei Dritteln des Ertrags beteiligt werden, während die Regierungsvorlage nach den Steuerbeträgen abgestuft Anteile festsetzt.

Hög. Beder (D. Sp.): Es muß den Gemeinden ein Sicherheitsrecht gegeben werden, das mir in der Regierungsvorstellung fehlt, mit dem Vorbehalt, daß die progressive Zulage zu erheben berechtigt sind. Wenn die Religionsgesellschaften Zulagen erheben würden, ist der Grundbesitz der ausschließlichen Steuerhebung des Reichs zu hoch durchgehört. Am Interesse der Bevölkerung liegt es nicht, daß die Gemeinden verarmen werden. Wenn die Länder wieder die auf die Gemeinden abgewandten Aufgaben übernehmen wollen, dann brauchen sie keine Zulagen zu erheben. So aber werden die Gemeinden noch mehr Konkurs der Finanzen. (Sehr richtig!)

Hög. Beder (D. Sp.) beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorstellung. Ein provisorischer Regierungsvorstellung tritt im Namen der provisorischen Regierung, den § 16 in der Kommissionsfassung auszuheben.

Ein provisorischer Regierungsvorstellung höfegen bittet um Wiederherstellung der Regierungsvorstellung.

Hög. Beder (D. Sp.): Eine gewisse Berechtigung haben die katholischen Borden insofern, als Bayern nach dem Regierungsvorschlag besser fahren würde. Doch können wir als Abgeordnete uns nicht von Stimmungen leiten lassen, sondern wir müssen alle für und wider genau abwägen. Und auch die Reichliche Volkspartei muß eben einsehen, daß das Reich die Hauptsache ist. Wir hannischen Sozialdemokraten sind nicht nur nationale Deutsche, sondern vor allem Deutsche. Und dann erst Bayern. (Sehr gut!) Wir müssen dafür Sorge tragen, daß der deutsche Einzelgewinn immer mehr in das deutsche Volk eindringt. Und wenn Sie (die hannischen Volkspartei) dem hannischen Volk die Vorkheit sagen würden, dann würde es jeder hannische Bauer ausweichen. Das Reich muß doch auch die Interessen der Länder und Gemeinden: wir sind deshalb für die Kommissionsfassung. (Geschloßes Wort!)

Hög. Gelle (Dem.): Wir sind für die Kommissionsfassung. Der Paragraph bleibt unverändert.

Der Antrag Beder (D. Sp.) wird mit dem Vorbehalt auf 5 Prozent gestellt, wird entgegen einem Antrag der Abgeordneten (25 Prozent) und einem Antrag der Reichslandmänner (10 Prozent) einstimmig angenommen.

Der § 17 gewährt jedem Land die Pflanzung in der bisherigen Höhe. Der Anteil an den Einkommensteuern wird minderbewilligt des Aufkommens von 150 Millionen nach Artikel 6 Prozent erhöht.

Ein Antrag Beder (D. Sp.) und Gerold (Zentr.) will eine Erhöhung von 25 Prozent festsetzen.

Hög. Beder (D. Sp.) will den Anteil in zwei geteilt, daß die nötigen Ausgaben gedeckt werden können. Unterstützt fordert er die Berücksichtigung der Bestimmungen, daß Grundbesitzbesitzer nach dem 1. Oktober 1919 nicht auf, dem 30. September 1920 außer Antrag bleiben.

Der Antrag Beder wird abgelehnt. — Der Antrag Gelle-Gerold wird angenommen: Einmal ein Antrag der Reichslandmänner und der Reichslandmänner um Änderung des § 17, ferner in den 5. März 1920.

§ 18 wird eingefügt: Die Grundbesitzer des § 18 gelten ab dem 1. April 1921, ferner für die Landesgesetzgebung bei der Regelung des Verhältnisses zwischen Ländern und Gemeinden.

§ 17 über die Beteiligung der Länder und Gemeinden am Ertrage von Einkommen bleibt unter Zurückstellung aller dann geltenden Anträge gestrichelt. Dafür wird der vierte Absatz des § 17 entsprechend geändert.

Damit ist die zweite Lesung der Vorlage beendet. Präsident Redendach: Die nächste Sitzung wird auf Montag 24 Uhr sein: erste Lesung des Gesetzesentwurfs über Grundbesitz und Aufhebung der Grundsteuer; erste Lesung des Reichsfinanzgesetzes: dritte Lesung der übrigen Steuerentwürfe.

Als die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei beantragten, das Reichsfinanzgesetz von der Landesgesetzgebung abzuheben, erklärt sich eine große Mehrheit aus Unabstimmigkeit und den Koalitionsvorstellungen für die vom Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung. Schluss 6 Uhr.

Gewerlichchaftsbewegung.

Ideale Gewerlichchaften. Es gibt noch viele Gewerlichchaften, die Jdrate haben und die mit ungeschwächter Kraft den Kampf gegen den Kapitalismus führen. In den Anstrengungen des Zentralverbandes deutscher Post- und Telegraphenbediensteter (Zentr. Post- und Telegraphenbediensteter) (Zentr. Post- und Telegraphenbediensteter) nennt, heißt man das oft. Was aber diesen Verband nicht hindert, mit Privatunternehmern Verträge abzuschließen, um seine schwebelichten Klassen mit Unternehmern auszuheilen. In Nummer 7/8 der „Telegraphen“, offizielles Organ dieses Verbandes, lesen wir unter den Bekanntmachungen des Verbandes folgende interessante Notiz:

Wir weisen unsere Mitglieder darauf hin, daß die Firma Wilhelm Gombert, Tabak- und Zigarrenverleger, vom Vorstand als Verhandlungsbeauftragter ernannt worden ist.

Die Firma Gombert gewährt der Verhandlungskasse bei allen mit den Mitgliedern gemachten Umsätzen drei vom Hundert am Schlusse des Jahres, außerdem den Mitgliedern, die Sammelbestellungen einbringen, fünf vom Hundert bei gemachten Umsätzen. Wir bitten unsere Mitglieder, bei Bestellung von Tabak, Zigarren und Zigaretten die Firma Wilhelm Gombert zu beauftragen.

Soweit die Notiz. In einer redaktionellen Besprechung derselben Nummer wird die Notiz nochmals unterstrichen und hervorgehoben. Und das sind die Leute, die, nachdem sie jahrelang gelächelt haben und erst durch die Stürme der Revolution geweckt wurden, sich als starke Männer fühlen und gleich die ganze Welt einweihen wollen. Die Klassenbewegung Arbeiterchaft war ihnen zu schwach. Wir mußten gleich, daß diese „revolutionäre Energie“ nur ein Strohhalm ist und wir haben uns nicht getraut. Der stolze Schwanz hat sich an der Rückenlamme der Revolution die Nadel verbrannt. Die Vereinbarkeit beginnt wieder.

Die freie Gewerlichchaft für alle Postangestellten ist der Verband des Post- und Telegraphenpersonals, Reichsstellung im Deutschen Transportarbeiter-Verband, Verwaltungssitz Leipzig, Teicher Straße 82, III. Aufgang rechts, Fernruf 8426.

Neue Verhandlungen im Bergbau.

Berlin, 6. März. Die Deutsche Allgemeine Zeitung hört, werden am Montag die Verhandlungen über die Erneuerung des Ueberwachungsabkommens beginnen. Außer den Vertretern der Arbeitgebergemeinschaft in Bergbau werden an diesen Verhandlungen Reichsarbeitsminister Schiele, dessen Referent für Bergbau, Ministerpräsident Brüning, Eisenbahnminister Jeser, Reichsminister für Eisenbahn und ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums teilnehmen.

Bei der Firma Carl u. Westphal, Papierfabrikfabrik, Leipzig, Lindenau, Calowstraße 85, sind am Sonntag die Arbeiterinnen zur Niederlegung der Arbeit genötigt worden. Der Vorgang ist eine treffliche Illustration zu dem Kapitel „Arbeitsunlust“. Die Arbeiterinnen, die zu einem Stundenlohn von 80 bis 1.10 Mk. arbeiten mußten, haben in einer zweiwöchentlichen Lohnbewegung alles versucht um auf friedliche Weise mit den Unternehmern einen Lohn zu vereinbaren, der den aller-nötigsten Anforderungen genügt. Selbst der Leipziger Schlichtungsausschuss hat bei einer Verhandlung die gestellten Forderungen als unzureichend anerkannt und in einem Schlichtungsprotokoll, der allerdings von den Unternehmern abgelehnt wurde, Forderungen von 70 bis 1.30 Mk. festgesetzt. Von der Firma wurde verlangt, für diesen Lohn zu arbeiten. Unter den heutigen Verhältnissen eine solche Unmöglichkeit. Der sich dem Anfinnen nicht füge, könne sofort gehen. Welcher Aufforderung die Arbeiterinnen denn auch ungeachtet nachkamen.

Man darf nun gespannt sein, ob die bürgerliche Presse wiederum von solcher Streikluft der Arbeiter sprechen wird, oder ob sie die Forderung der Arbeiter würdigend dem Unternehmer ins Gewissen redet.

Die Firma wird verlangen, in allen Zeitungen Leipzig 6 jüngere Arbeiterinnen „bei gutem Lohn“ zu suchen. Wir erlauben die Leipziger Arbeiterschaft, Ausnahme von Arbeit in diesem Eldorado zu verweigern.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zentralstelle Leipzig.

Forderungen Hamburger Hafenarbeiter. Laut Berliner Tageblatt beschloß eine Hafenarbeiterversammlung für Groß-Hamburg, ab 1. April 12 Mk. pro Tag Lohnzuschlag für alle Hafenarbeiter zu verlangen.

Die Angestellten der Metallindustrie im Bezirk Zwickau haben nach einer Meldung der bürgerlichen Presse in einer in Plauen abgehaltenen Versammlung beschlossen, den Streikspruch des Schlichtungsausschusses zu Zwickau in der Tariffrage einstimmig abzulehnen.

Achtung, Glaser! Die am Sonnabend, dem 6. März, stattgefundene Versammlung hat mit überwältigender Mehrheit beschlossen, jetzt den Akkordarbeit nicht einzuführen. Die Kollegen werden ersucht, in allen Betrieben diesen Beschluß zu beachten. Es hat deshalb niemand in Akkord zu arbeiten.

Zentralverband der Glaser, Zentralstelle Leipzig.

„Mit dem Geist von 1914...“ Am Anzeiger für Berg- und Hüttenwesen vom 4. März 1920 findet sich nachstehendes Inserat:

Erkrankte Kriegsgefangene aus Frankreich (etwa 100) mit dem Geist von 1914, arbeitsfähig und körperlich kräftig, meistens unversehrt, zusammengefaßt von energischem, erfahrenen Offizier, der diesen Geist wachhalten will, suchen Arbeit im Bergbau mit Steigerungsmöglichkeit. Baraden werden mitgebracht. Beginn sofort. Näheres durch Zeitung z. B. Ref. Renner, Durchgangslager Giesha.

Der Geist von 1914 war der Geist der Aldeutschen, der Kriegstreiber, des Massenmörders, welcher „Geist“ der „energievolle und erfinderische Offizier“ aufrechterhalten will. Der Mann braucht keine Sorge zu haben, daß er vom Zeilagerungsamt bestraft wird.

Seenavigation des portugiesischen Eisenbahnstreiks. Ueber die gegenwärtige Lage in Portugal geben die portugiesischen Nachrichten kein Neues. Der Streik der Eisenbahner ist abgebrochen und der Zugsverkehr ist wieder aufgenommen worden, nachdem die Forderungen der Streikenden bewilligt worden sind. Nach offiziellen Nachrichten, die das Pariser Journal aus Lissabon erhalten hat, soll die Ausstandsbewegung keinen politischen Charakter gehabt haben. Eine andere Meldung aus Amsterdam befragt aber, daß die Regierung zurückgetreten ist. Im Lande soll Ruhe herrschen.

Don Nah und Fern.

Landratsbeamte als Schlichter. In Siegen sind 4 Landratsbeamte, darunter der Kreissekretär Schmidt, als Schlichter ernannt und beauftragt worden. Sie hatten monatelang hundert von hundert amerikanischen Zeugnissen, die dem Kommunalverband für die Bevölkerung des Siegener Landes überreicht waren, vorgelegt. Weitere Verhandlungen sollen bevorstehen.

Erwischte Goldhiebe. Nach dem Lokal-Anzeiger hat die Grenzpolizei in Lauenburg in D. Zug einpaar nach Polen reisenden Schiebern zwei Zentner 28 Pfund Gold und Silber abgenommen.

Verunglücktes Wasserflugzeug. Lübeck, 8. März. (Zl.) Der im hiesigen Hafen eingetroffene Hamburger Dampfer „Lübe“ wird in der Nähe von Behrman auf dem Wasser treibendes Wasserflugzeug, dessen Schwimmer nach oben traten. Die Tragflächen waren vollständig zerbrochen. Von der Mannschaft wurde keine Spur entdeckt. Das Flugzeug stammt von der Seeflugstation Kiel.

19. Quittung. Für die Opfer der Revolution gingen beim Bezirksparlament ein: bereits quitiert: 48000 Mk., Familienverein Turnverein Großhändler Gauhof Wittenberg am 21. Februar 55.—, Beitrag der Arbeiterschaft der Leipziger Baumwollspinnerei 700.—, Adolf Ritter, Köhlig 6.—, Eym, Albrecht, Lindenau 10.—, Ueberbruch der Betriebsversammlung K. G. Hader 375.—, Rumiankalt Germania, durch Franz 6.—, Winterbergverein des Fußballclubs Sportfreunde, Köhlig 31.—, Ewertstadt 1.—, Ueberbruch von M. u. H., Lindenau 21.50, Bergmann der Volkshilfe, Lindenau 3.—, Kunzmann, Lindenau 5.—, Sängerverein Großhändler 40.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Lehmann u. Berger, Köhlig 13.—, Sparverein Gute Hoffnung, Lindenau 10.—, Bad Köhlig, Köhlig 20.50, Bad Köhlig, Köhlig 27 121.50, Arbeiterchaft Köhlig, Köhlig 314, Köhlig 6884 407.50, Köhlig 55.—, Köhlig 688 70.—, Köhlig 688 54.50, Zellerfassung der Betriebsversammlung der Straßenbahnen, Köhlig 50 Mk. Summa 45435.54 Mk. Ehrlich.

Verantwortlich ist der redaktionelle Teil: Heinrich Heine in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Friedrich Wille, Postfach Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. März.

Parteiangelegenheiten.

Parteiabteilung.

Donnerstag, den 11. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus, gemeinsame Sitzung mit Gewerkschaftsrat und Arbeitslosenrat. Begleitende Leitung der U. S. P. Leipzig.

Frauenversammlung.

Heute abend 7 1/2 Uhr findet eine große öffentliche Frauenversammlung im Schloß Drachenseil in Göbels statt, in der Genossinnen Kenner über die Sozialisierung des Hausbaus spricht. Der Besuch ist dringend zu empfehlen.

Mit-Leipzig, Westen I. Heute Montagabend, pünktlich 6 Uhr, kurze, aber wichtige Funktionärssitzung bei Tonath, Promenadenstraße.

Mit-Leipzig, Osten. Aktiva, Genossen und Genossinnen! Heute, Montag, den 8. März, abends 7 Uhr, Diskussionsabend (Arbeitsgemeinschaft) im Restaurant Goldner Ring, Glockenstraße 4. Jugendliche Mitglieder müssen vollzählig erscheinen. Der Obmann.

Keine Steuerermäßigung für Einkommen bis zu 5800 Mk.

Der Rat schreibt den Stadtvorordneten:

Laut Beschluß der städtischen Körperschaften (Matschbeschlüsse vom 28. November 1919) sollten von der nachträglichen 40prozentigen Steuererhöhung auf 1919, die zugleich mit den Einkommensteuern für das 1. Vierteljahr 1920 eingehoben wird, die Steuerpflichtigen bis 5800 Mk. Einkommen frei bleiben. Dieser wurde der 15. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung aufgestellt. Dieser Nachtrag hat die Genehmigung des Ministeriums des Innern nicht gefunden. Nach dem Wortlaut der Ministerialverordnung vom 23. Februar 1920 trägt das Ministerium trotz aller von uns und der Reichsversammlung angeführten Möglichkeiten die Steuerpflichtigen mit weniger als 5800 Mk. aber mehr als etwa 2800 Mk. Einkommen von dem geplanten weiteren Termin freizulassen.

Die Regierung hat gegen die Freilassung grundsätzliche Erwägungen geltend gemacht. Häufig, so sagt die Regierung, die in Einkommen, z. B. bei kleinen Rentnern, Ruhegehaltsempfängern usw., entstehen, können im Wege des Steuererlasses befreit werden. Arbeiterrentner und ähnliche blieben auscheiden, da ihr Einkommen als solche 2800 Mk. nicht erreicht.

Den selben Standpunkt hat auch die starke Mehrheit des Finanzausschusses A der Volkskammer bei Beratung der Vorlage 48 (Zuschlag zur Staatsinkommensteuer für das 1. Vierteljahr 1920) eingenommen.

In dem absehenden Bescheid der Regierung heißt es weiter: Das Ministerium würde es auch, ohne in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden einzugreifen zu wollen, nicht billigen können, wenn der Staat zu Vergünstigungen aller weiteren Einkommen im Wege eines allgemeinen Steuererlasses bereit wäre. Dies würde einem Verstoß gegen die Grundgesetze der Reichsverfassung gleichkommen. Der Staat wird deshalb trotz der ihm dadurch entstehenden Arbeitslosigkeit nicht umhin können, Erlassgesuche abzuweisen und darüber zu entscheiden.

Um die Arbeiten zum 3. Steuertermin nicht noch weiter zu verzögern, hat der Rat beschlossen, entsprechend der Ministerialverordnung die Einkommen bis 2800 Mk. von der Erhöhung freizulassen. Diese Vergünstigung genießen dann etwa 105 000 Steuerzahler. Der 15. Nachtrag zur Steuerordnung soll entsprechend abgeändert werden. Im Hinblick auf die früheren Beschlüsse der städtischen Körperschaften will der Rat die Steuerpflichtigen zwischen 2800 und 5800 Mark (gegen 50 000 an der Zahl) auf befristetes Gehalt hin in weitestem Umfang von der 40prozentigen Erhöhung im Wege des Erlasses freilassen.

Die Erhebung von 40 Prozent Zuschlag auf Einkommen von über 5800 Mk. wurde von den Stadtvorordneten am 12. November beschlossen. Mit diesen 40 Prozent sollten die Ausgaben für die Beschäftigungsbekämpfer der Beamten, Angestellten und Arbeiter gedeckt werden. Die Unabhängigen Sozialdemokratie, wies bei den Beratungen darauf hin, daß die Regierung wahrscheinlich der vorgeschlagenen Regelung die Genehmigung versagen werde. Es liege vielmehr zu erwarten, daß auch die Steuerzahler mit niedrigen Einkommen mit dazu beitragen müssen, daß auch die höchstbezahlten Beamten 1000 Mk. und mehr Beschäftigungsbekämpfer erhalten.

Die Reichssozialisten bekämpften die Ansicht der Unabhängigen. Der Reichssozialist Pollender führte nach dem demographischen Protokoll in seiner Sitzung aus:

Der Stadtvorordnete Schmidt hat dann weiter ausgeführt, wir glauben wohl selbst nicht, daß die Abschätzung der Angelegenheit ohne eine besondere Nennbildung der Oberbehörde möglich sein würde. Wir sind allerdings sehr davon überzeugt, daß die Annahme unserer Herrn Steuerbeamten, daß ohne eine solche oberbehördliche Genehmigung bei der vorliegenden Form auszukommen ist, unrichtig. Dann hat der Stadtvorordnete Schmidt von einem Umfange der mehrheitssozialistischen Fraktion gesprochen (Zitat des Stadtvorordneten Schmidt): Rein von einem — Sektors, von einem Umfange in anderer Beziehung. Der Sachverhalt ist hier, daß, wenn in unserem letzten Beschlusse die Freilassung zur Bewilligung der Beschäftigungsbekämpfer ausgeschrieben war (Zitat von rechts und aus der Mitte: Sehr richtig!) unter gewissen Bedingungen, und die erste Bedingung bleibt in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. (Zitat von links: So etwas!) Es heißt ausdrücklich: Wobei den Beitragspflichtigen mit bis zu 5800 Mk. Einkommen diese sich ergebenden Steuerbeiträge zu erlassen sind. Sollte diese Bedingung nicht erfüllt werden, wäre auch die Zustimmung unzulässig.

Praktion zur Nachtragslage gegenständlich. (Zitat von links: Wenn ausgedacht ist) Nein, davon ist gar keine Rede. (Zitat: Nun natürlich!) Das ist und meinem Beschäftigten eine ganz halbtägige Unterstellung dem Rate gegenüber. Mit dieser Begründung klammern die Reichssozialisten die Klänge der Unabhängigen Sozialdemokratie nieder. Jetzt, wo die niedrigen Einkommen mit zur Deckung der Beschäftigungsbekämpfer herangezogen werden, ist die Voraussetzung gefallen, unter der die Reichssozialisten zustimmen. Nun ist es aber zu spät, denn die Beschäftigungsbekämpfer sind längst ausgezahlt. Der Vorgang ist wieder einmal, daß die unabhängige Kommunalpolitik am besten die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt.

Die finanzielle Lage der städtischen Theater.

Rund 2 Millionen Zuschuß haben nach dem vorläufigen Abschluß die städtischen Theater in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920 erfordert. Der im nächsten Jahre zu erwartende Zuschuß der städtischen Theater wird auf rund 3,5 Millionen berechnet. Das ist die finanzielle Lage unserer Theater.

Nach dem Beschluß der Stadtvorordneten sollte der Zuschuß im Jahre 200 000 Mk. betragen, die anderthalb Millionen, um die dieser Zuschuß überschritten worden ist, haben die Stadtvorordneten schon bei Bewilligung der Teuerungszulagen auf Cogen, Gehälter, Löhne usw. auf den allgemeinen Stadtsäckel übernommen. Auf Anregung der Unabhängigen Sozialdemokratie hatte das Stadtvorordnetenkollegium vom Rat Vorschläge verlangt, wie in Zukunft diese Zuschüsse in städtischen Theaterbetrieb vermieden werden könnten, wofür der Rat nun eine umfangreiche Vorlage ausgearbeitet hat. Der Rat schlägt für das nächste Etatsjahr vor, den Theaterbetrieb in der bisherigen Weise aufrechtzuerhalten. Den zu erwartenden Zuschuß von 3,5 Millionen will der Rat in der Hauptsache durch Steigerung der Eintrittspreise decken, er will damit eine etwa 70-prozentige Steigerung der Tageseinnahmen erzielen. Außerdem soll der städtische Zuschuß von 200 000 Mk. auf 750 000 Mk. erhöht werden.

Der Berechnung des Rats sind die gegenwärtigen Löhne und Materialpreise zugrunde gelegt. Da aber die Preissteigerung voranschreitlich noch lange nicht zum Abschluß gekommen ist, wird auch die Berechnung des Rats völlig über den Haufen geworfen. Es würde dann erneut die Frage gestellt, ob der Stadtsäckel durch das Theater weiter belastet werden soll. Wenn man berücksichtigt, daß durch die jetzt vorgeschlagene Erhöhung der Eintrittspreise der Masse der Minderbemittelten der Theaterbesuch fast unmöglich gemacht wird, so ist es schon bedenklich, den Zuschuß der Stadt von 200 000 Mark auf 750 000 Mk. zu erhöhen, zumal nach Ansicht des Rats andere wichtige Bildungsaufgaben, wie die Schaffung des Volkshausbildungsamts, nicht in Angriff genommen werden können, weil die erforderlichen 400 000 Mk. nicht vorhanden sind. Die Ratvorlage legt freilich, den Minderbemittelten solle durch Berechnungsvorstellungen nach Möglichkeit der Theaterbesuch erleichtert werden, aber auch zu diesen Vorleistungen sind die Eintrittspreise schon jetzt immer gehiegen und sie werden voraussichtlich noch weiter steigen.

Mit der Theaterbetriebs so teuer geworden, daß Eintrittspreise erhoben werden müssen, die das Theater als Bildungstätte für die Masse der Minderbemittelten ausseiden, so liegt schließlich auch kein Grund vor, für das Theatervergnügen einer verhältnismäßig kleinen Schicht der Bevölkerung noch Zuschüsse aus dem Stadtsäckel der Stadt zu bezahlen. Wenn aber auch der städtische Zuschuß aus kulturellen Gründen nicht ganz fallen gelassen wird, so muß doch mit einer noch höheren Steigerung der Einnahmen gerechnet werden.

Ratsbeschlüsse.

„Ueber die zulässige Stärke einer Volksschulklasse ist bisher eine Uebereinstimmung beider städtischen Körperschaften nicht zu erzielen gewesen. Um in dieser Angelegenheit vorwärts zu kommen, beschloß der Rat zur Annahme eines Kompromissantrags des gewählten Schulamtschleifers, Tonath soll die Zahl der Kinder einer Klasse in der Regel 25 nicht übersteigen; übersteigt die Zahl der Kinder einer Klasse 25, so ist die Klasse zu teilen. Der Rat war sich jedoch dabei klar darüber, daß diese Regelung für beide Eltern nicht durchführbar ist und auch für die nächsten Jahre kaum durchführbar sein wird, weil die vorhandenen Schulgebäude zur Aufnahme der größeren Zahl von Klassen nicht ausreichen und Schulneubauten während der nächsten Jahre nicht in Frage kommen können.“

Auf gut Deutsch ausgedrückt heißt das: Der Rat ist bereit, den Wünschen der Stadtvorordneten zu entsprechen, aber durchzuführen wird er die Beschlüsse nicht.

Zur Bekämpfung von Schulklassen für Schulkinder wurden 85 100 Mark bewilligt. Zustimmung der Stadtvorordneten ist einzuholen. Zum Leiter der neuen Oberrealschule im Osten wurde der Oberlehrer am Realgymnasium in Leipzig-Lindenau, Hofmann, gewählt. Die Stadtvorordneten sind hierzu zu hören.

Die Freie Presse auf dem Kriegspfad.

Die Volkszeitung für das Mühdental hatte in den letzten Tagen Veranlassung genommen, die Entstehungsgeschichte der Freien Presse etwas eingehender zu beleuchten. Veranlassung dazu gab die Tatsache, daß die rechtssozialistisch organisierten Arbeiter, besonders im ehemaligen 10. Kreis, die Freie Presse nicht haben wollen, weil sie erkennen, daß die Freie Presse die Interessen der Bekleidenden vertritt. Die Redaktionsmänner der Volkszeitung für das Mühdental haben die

deren aus der Kriegstroste so sehr in Garnisch gebracht, daß sie sich entschlossen haben, die Madame Justitia zur Reparatur ihrer angelegentlich verletzten Ehre anzurufen. Diese Ankündigung wird allen Vorlesern christliche Bewunderung und — Fremde abzurufen haben, ebenso aber auch die Bestätigung, daß sich die Herren der Freien Presse nach im letzten Augenblick von ihren Freunden überreden lassen könnten, daß sie eine politische Dummheit zu begehen im Begriff stehen.

Nicht genug mit der Klageandrohung in der Freien Presse, schickte sich der Herr Vollerender bemüht, der Volkszeitung für das Mühdental eine „Berichtigung“ zuzuschicken. Herr Vollerender ist fast ein Vierteljahrhundert Redakteur. Als solcher müßte er ganz genau wissen, wie eine Berichtigung aussehen muß, wenn sie den vorgelegten Anforderungen, auf die sich Herr Vollerender nicht, entsprechen soll. Schließlich ist er auch verpflichtet, das Pregeleit einmal von innen anzusehen und seine Berichtigungen dort an anzubringen, wo ihm diese Möglichkeit geboten ist. Von dieser Pflicht entbindet ihn nichts. Die „Berichtigung“ entspricht in keiner Hinsicht den vorgelegten Bestimmungen. Die Volkszeitung für das Mühdental wäre deshalb nicht verpflichtet, sie abzudrucken. Wenn es dennoch geschieht, so beschuldigt, um den Lesern auch in dieser traurigen Zeit einmal einen Spaß zu bereiten.

Das Schreiben lautet:

An die Redaktion der Volkszeitung für das Mühdental. Unter Hinweis auf § 11 des Gesetzes über die Presse ersuche ich um Abdruck nachstehender Berichtigung.

gea.: Otto Vollerender, Redakteur der Freien Presse.

Berichtigung.

Die Volkszeitung für das Mühdental behauptet in ihrer Nummer 24 vom 3. März 1920, ich hätte für die Freie Presse in „eigenartiger Geschäftstätigkeit“ die Untertuernecker um Geld angeknorrt. Mir sei deshalb in einer Mitglieder-versammlung (des mehrheitssozialistischen Parteiverbands) kräftig zugelegt worden, und ich hätte mich damals so kundenlärm verhalten, daß die Volkszeitung für das Mühdental seine Ursache habe, daß, was meine Genossen behaupteten, als falsch anzusehen.

Diese ganze beleidigende Behauptung ist unrichtig und niemals ist mir von einem meiner Genossen vorgeworfen worden, ich hätte die Untertuernecker um Geld angeknorrt. Ich hatte deshalb bisher auch niemals Gelegenheit, mich gegen einen solchen Vorwurf zu verteidigen. Nachdem nun die Volkszeitung für das Mühdental diese unwahre Behauptung verbreitet hat, wird meine Verteidigung darin bestehen, daß ich ihrem verantwortlichen Redakteur Gelegenheit gebe, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Otto Vollerender, Redakteur der Freien Presse.

Das Entsetzliche der Freien Presse, Herr D. R., nimmt in der Nummer 23 vom 3. März ebenfalls zu der Sache Stellung. Dabei leistet er sich allerlei Ausfälle gegen die U. S. P. und geschichtliche Unrichtigkeiten.

Wir übergehen aber diesen Gernon, weil er von Herrn D. R. stammt. In geradem kaiserlicher Weise vermißt er aber ungewollt seinen Kollegen Vollerender, indem er folgenden Bericht über eine Parteiversammlung der Reichssozialisten vom 1. Juli 1917, erschienen in Nr. 1 der Freien Presse, abdruckt:

„Zur Gründung der Freien Presse machte Buhl Mitteilungen über die Schwierigkeiten, die sich dem Unternehmen entgegenstellten, und bemerkte, daß die von der Leipziger Volkszeitung gegen uns benutzte Eingabe des Genossen Vollerender an die Handelskammer auf besten eigene Initiative zurückzuführen sei. Der Vorstand sowie der Parteivorstand in Berlin hätten Vollerender davor gewarnt. Dieser habe jedoch im guten Glauben gehandelt, und man möge nun das Vergangene hinter und liegen lassen. In dieser Angelegenheit nahmen mehrere Redner das Wort. Sie mißbilligten förmlich das Vorkommnis; gaben aber zu, daß Genosse Vollerender keine unzulässigen Motive geleitet hätten. Der Vorstand habe darauf zu achten, daß solche Eigenmächtigkeiten nicht wieder vorkommen. Genosse Vollerender erklärte, er übernehme die volle Verantwortung für die Eingabe. Er habe darin nur die Zweckmäßigkeit gesehen, wie er denn noch die Eingabe an die Handelskammer zur Einführung der Zeitung an die Handelskammer sollte lediglich den Zweck haben, die Unternehmer zu veranlassen, die Einführung unter Zeitung in den Betrieben nicht zu verhindern. Die Versammlung mißbilligte zum Schluß einstimmig die Abfertigung der Eingabe.“

Auf den Prozeß dürften sich viele freuen, am meisten die Anhänger der U. S. P. Er hat gerade noch gefehlt.

Teure Lumpen.

Lumpen standen früher billig im Preise. Heute notieren sie mit 2 Mk. pro Kilo im Kleinverkauf. Das erscheint aber noch billig gegenüber den Lumpen, die dem deutschen Volke weit teurer zu stehen kommen. Berechnen wir einen solchen mit 100 Kilo Lebensbedarf, was wohl zutreffen dürfte, so beläuft sich sein augenblicklicher Tageswert auf 200 Mk. im Einzelverkauf. Das deutsche Volk würde dieser Lumpen auszubringen, um sie mit Wohlbehagen zu exportieren.

Früher bestand im Deutschen Reich einmal ein Ausfuhrzoll auf Lumpen. Der aber ist alljährlich wieder aufgehoben.

Kleine Chronik.

Vollstübne (Medea). Die Last des politischen Drucks hat wenige Dichter so hart beeinflusst und geschädigt wie Grillparzer. Schon rein äußerlich zeigt sich das in der Wahl seiner Stoffe. Die Rücksicht auf die Zensur hat sich sehr dazu beigetragen, daß er höchst modern empfunden Probleme und ganze Altertümer verlegte und zu ihrer Bekämpfung alle Sagenstoffe mißbrauchte. Denn daß es ein Mißbrauch war, folgt ja eben aus der Unvereinbarkeit des antiken Mitleids mit modernem ethischen Empfinden, mochte auch immerhin, wie im Falle der Medea, Euripides eine Brücke schlagen, dessen Schaffen in einer Epoche der griechischen Gesellschaft wurzelte, die in vielen der Entwicklungen des bürgerlichen 19. Jahrhunderts ähnelt. Ueber Grillparzer noch hinausgehend, hat denn auch sein Publikum gerade bei diesem Drama gezeigt, daß ihm das Antike-Sektische ist und daß es lediglich für den Verstand und Charaktersitz Jansen-Medea Interesse hat: Die ersten Teile des „Goldenen Vlieses“ sind niemals auf der Bühne heimisch geworden, das ganze Problem wird nur mehr unter dem Gesichtspunkt der Ethik-Dialektik betrachtet, und der Gegensatz zwischen Griechen- und Barbarentum, der für des Dichters Motivierung sehr wesentlich war, und der ihm schon deshalb am Herzen lag, weil er den deutsch-bürgerlichen Nationalismus mit seinen reaktionären Tendenzen symbolisierte, dieser Gegensatz tritt völlig zurück. Also beim Publikum die gleiche Erscheinung, die wir so oft bei den neueren Dichtern finden: Verzicht auf große historische Probleme, Beschränkung auf Ethik. Vereinzelt, daß dann, mit dem Aufkommen Abens und Erwinobers, auch das Medea-Drama fast verschwand, da es gleichsam überflüssig und überholt erschien. Verdienstlich also, daß die Volksbühne es ausgrub. — Aber es bleibt jener Zwiespalt des Stoffes und seiner Verwicklung. Und es kommt hinzu die totale Verwandtschaft des Vlieses-Motivs mit dem des Nibelungenentwurfes. Herrschende Reaktion und vorempfindlicher Widerstand der bürgerlichen Gesellschaft führten Grillparzer wie Wagner zu jenem schicksalstragischen Verhängnis, den als Dichter im Bunde Schopenhauer, Nietzsche, Schopenhauer, Schopenhauer formulierten, wobei alle drei voneinander unabhängig kamen, nur als Produkte der Entwicklung ihrer Klasse. — Die Aufklärung, von Stockel mit Entschiedenheit in Anspruch genommen, hatte das Glück, in Frau Nibelungen-Steuermann eine Medea zu finden, der große Sweden sehr

gut, gewisse Momente sogar hervorragend gelungen. Die Schwierigkeit liegt in darin, das Pathos der Verse mit dem Mitleiden der Psychologie zu vereinen. Neben ihr kamen als Sprecher nur Lessing, Kreen und Kochs Herold auf. Charlotte Arante als Arante, in der Erscheinung nicht eben alltäglich, wirkte durch ungemein ausdrucksvolles und feines Mienenpiel. Josef von Nihilis ist nicht schwer genug und nicht Pathetiker genug, um die Kompromissfigur des Jason zu heben. Gertrud Löwe war in Waska und Zimne für die Gora zu jung, doch gelangen ihr Höhepunkte auf dem Höhepunkt. R. F.

Schauspielhaus (Das Erbe). Viele Proletarierdramen hat es in Deutschland schon gegeben, nämlich Dramen, von Proletariern verfaßt, aber es hat noch nie ein Reflexer sein. Immer verließen die Proletarierdichter bei der Gestaltung in die Theorie. Statt zu gestalten, hast zu bilden, redeten sie; sie ließen reden und redeten wohl auch selbst — durch eine ihrer Personen, die sagen sollte, wie sie's meinten; also dieselbe Methode, mit der sich in allen Zeiten primitive Dichter begnügen haben. Immer war so ein Biederlicher da, ein Erklärer, der dann — parteitechnisch zu reden — der Mann mit dem Erklärer Programm. Nihilis-Walden packt die Sache anders an: er bringt gleich das Erklärer Programm oder doch ein Stück davon auf die Bühne, und das ist dramatisch noch verwickelter. Statt eines Anschlusses aus dem Leben zu geben, gibt er einen Anschluß aus der Welt. Statt etwa, was immerhin wenigstens dem Durchschnitt der bürgerlichen Kunstleistung entspricht, Personen mit menschlicher Beteiligung zu geben, um seine sozialen Ideen anzudeuten (es wäre nur ein Vorbehalt!), gibt er gar nur eine Allegorie. Diese Kunstform ist ohnehin die geringste von allen, aber auf dem Theater, das Fleisch und Blut will, muß sie völlig versagen. Auch ist die Sprache der Personen sehr ungeschicklich. Sowie über das Künstlerische. Die Idee des Stückes recht dahin, daß ein Unternehmer sich schließlich zu seinen Arbeitern und ihrer Arbeit bekennt. Wie er hierzu durch Streik, Revolte und Sabotage genötigt wird erscheint höchstlecker. Ueberhaupt sind die unbestimmten Wendungen, in denen der Dialog sich bewegt, — sie sollen vielleicht absichtlich als Phrasen gekennzeichnet sein, was aber an dem Theater viel eindeutiger geschehen müßte — nicht geeignet, eine Handlung psychologisch zu entwickeln. Ein besonderer Fehler war es, wie immer bei so hoch gesteckten Zielen, zu viel geben zu wollen; sollen doch alle erdenklichen Möglichkeiten des Sozialismus aus den Reden der Ar-

beiter sprechen! An Wirklichkeit ist keiner dieser Reden etwas greifbares zu entnehmen. Zum Schluß ist der Dörner ebenso konfus, wie die Leute auf der Bühne.

Das Beste an der verlorenen Liebesmüh war Waldens Neugierigkeit, insbesondere in den Massenengen. Daneben sehr sonderbare Einzelstellungen. Steiner gab dem vornehmlichen Philanthropen Unternehmer nicht ohne Jüng als Hauptmann-Masse. Koch unterrichtete sehr geschickt das Papierne der Wendungen eines kapitalistisch genommenen Fabrikdirektors. Werther ergriß im Stimmens eines alten Proletariats. Hochmels: der geschickten Regie gelang es, die sehr helle Angelegenheit und die noch fleckigen Dekorationen Mischtes vor Komit zu bewahren. Ein dankbares Publikum von Proletariern ging willig mit, wohl bezwungen durch die gute Absicht, durch die starke Darstellung und durch das Gefühl der Genugtuung, soziale Probleme auf der Bühne überhaupt zu behandeln zu sehen. R. F.

Nichard-Wagner-Abend des Schöne-Exhibitors. Wenn man bekennt, mit wie großen Schwierigkeiten es für einen Kapellmeister verbunden ist, bei den letzten Verhältnissen die Leute eines Privat-orchesters genügend zu beschäftigen, so muß man die Mühe und Ausdauer des Herrn Schöne um so höher einschätzen, als er dabei Zeit findet, seine Klavier zu pflegen. Der Abend stand im Zeichen der Wagnerischen Opernmusik, die man dem Publikum ruhig auch einmal zeigen kann, wenn dies nicht zur Regel wird. Herr Schöne spielte die Menzi-Quartette mit fröhlichem Muth und guten Schattierungen, nur muß er bei der letzten Musik des Vollständigen Saals seine Plätze mehr dämpfen, damit der Streichkörper zur Geltung kommt. Am feierlichen Zug zum Münster aus Lobengrin war die Ausführung gut, mit Ausnahme einiger Entlassungen der Holzbläser. Das Friedrich-Roll konnte etwas langsamer genommen werden und die Wände noch weiter. Die Fünftakter-Quartette war die Glanzleistung des Abends — fünfliche Quartette wurden hier mit Leidenschaft begeben, und der Mittelteil war voll prächtigen Lebens. Nur immer weiter zu vorwärts! L.

Theater in der Elberstraße (Kammerstücke). Die Vorstellungen der „Kammerstücke“ begannen bis um weiteres um 7 1/2 Uhr. Es gelten gewöhnliche Eintrittspreise. — Der Abendprogramm enthält ferner die Aufklärung, am Sonntag auch um 3 1/2 Uhr (Freie). Montag ist Vereinsversammlung.

Arbeiterbildungsinstitut. Wegen anderweitiger Benützung des ...

Strassenbahn und Kasse. Die Große Leipziger Strassenbahn ...

Elternabende. Am Elternabend der 10. Volksschule sprach ...

Feuerwehrricht. Am 6. März nachmittags brannten in einem ...

Lebensmittellieferer für Dienstag, den 3. März.

Ameldung. Schälbohnen: Besten Tag - abzugeben 1 B ...

Butter und Insulanbargarine: Bezugsartenablieferung durch ...

Aus der Umgebung Leipzigs. Gemeindevertreter-Konferenz.

Gestern fand im Volkshaus eine leider nicht allzu stark besuchte ...

Die Gewissen Seger und Demhardt teilten sich die ...

Den Bericht folgte eine sehr anregende und eingehende ...

Gewisse Haffel behauptete, daß die Reichskonferenz volle ...

Gewisse Haffel behauptete, daß die Reichskonferenz volle ...

Gewisse Amborn-Burghausen wünschte, daß die Konferenz ...

Gewisse Seger erklärte, daß die Gemeinden, bedrängt von ...

Eine der wichtigsten Fragen, die gelöst werden müßte, ist die ...

Gewisse Böhmer-Kronitzberg: Unsere Vertreter kommen sehr ...

Gewisse Böhmer-Kronitzberg: Unsere Vertreter kommen sehr ...

Gewisse Böhmer-Kronitzberg: Unsere Vertreter kommen sehr ...

Gewisse Franke-Saushöfchen möchte sich gegen jede indirekte Steuer ...

Gewisse Böhmer-Kronitzberg meinte, daß sich sehr oft unsere ...

Gewisse Franke-Saushöfchen: Auch nach Verabschiedung der Steuer ...

Gewisse Seger führte als Antwort auf die Ausführungen der ...

In der Frage der Kommunalisierung fand Gewisse Franke-Saushöfchen ...

Gewisse Franke-Saushöfchen befürwortete warm die Uebernahme ...

Gewisse Amborn-Burghausen erklärte, daß die Gemeinde manchem ...

Gewisse Franke-Saushöfchen wünschte ebenfalls eine ...

Gewisse Haffel-Wiederich schilderte die Schwierigkeiten, die ...

Gewisse Seger teilte mit, daß ein Kommunalisierungsgesetz im ...

Nach der ausführlichen Ansprache wurde ein Antrag einstimmig ...

Die „Eingemeindungsfrage“ wurde von der Tages ...

Tauscha. Gemeinderatsitzung. Der Rat teilt mit, daß der ...

1. bis 10. Klasse soll jetzt bleiben.

11. bis 14. Klasse 30 Prozent 22. bis 23. Klasse 70 Prozent

15. " 17. " 40 " 24. " 25. " 80 "

18. " 19. " 50 " 26. " 30. " 90 "

20. " 21. " 60 " über 30. " 100 "

Vom 1. März sollen die Löhne der ...

Tauscha. Ein bedeutendes Schadenfeuer entstand gestern ...

Sächliche Angelegenheiten.

Kommunale oder private Bedenker?

Zeitlich die Versorgung mit Elektrizität im Prinzip zur ...

Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft äußert sich über die ...

„Es gelangen nicht nur die Gemeinden, welche die Gasver ...

Dieser Auffassung schließen wir uns vollständig an. Wir ...

Der Begriff „Bürgerliche Gemeindevertretung“.

Um den in einigen Fällen entstandenen Zweifel darüber, welche ...

Da § 13, Abs. 1 und die folgenden sich zunächst nur auf Land ...

Nach einer Verordnung des sächsischen Unterrichtsministeriums ...

Erleichterte Beamtenprüfungen.

Nach einer Verordnung des sächsischen Unterrichtsministeriums ...

Dresden. Die Stadtverordneten hatten sich mit einem ...

Hiesig. Der beim Umbau des alten Rittergutes in Gröb ...

Ghemnig. Die Stadtverordneten bewilligten in ihrer ...

Tauscha. Den Gemeinden des Tauscha-Bezirks Reviers ist in ...

Oberlungwitz. Durch Baumfällen der Filzmaschinen ...

Annaberg. Der Vertreter einer amerikanischen Firma, der sich ...

TURNSCHUHE

Grau u. braun Segeltuch

24/6	27/30	31/5	36/42
19.50	21.—	26.—	31.—

Soweit Vorrat

In den meisten Schulen eingeführt



Nordheimer

Gold- u. Silberwaren

Uhren, Schmuckgegenstände
(keine Münzen) kauft zu höchsten Tagespreisen
M. Israel, Uhrm.-Laden, Promenadenstraße 5. ☎

Altmetzing, Rotguss, Kupfer
kauft zu höchstem Preise ☎
Göltz, Löhstr. 24, II.

In Lindenau
An- u. Verkauf getragener Gold- u. Silberwaren, Schmucksach., zerbr. Gegenstände jeder Art. Zahlte höchste Preise.
Herker, L.-Lindenau
GutsMuthsstr. 29, III. 1.
Geöffnet von 9-3 Uhr. ☎

Felle!

Vogels Einkaufszentrale

Jakobstr. 6, pt. (Nähe Altes Theater)
zahlt für

Schafwolle

neu bis 100 Mt. Kilo
ungew. 82 Mt. per Kilo

Ziegen

bis 350.— Mt.

pro Stück
Kanin bis 27 Mt. p. St.
Hasen bis 25 " " "
Schafwolle b. 12 " " "
Kalbfelle b. 32 Mt. p. Pfd.
Hasen bis 50 Mt. p. Stück
Füchse, Marder, Iltis
sowie Mohrhaare
zu allerhöchstem
Tagespreise.

Kanin bis 30 Mk.
Mag. Nitzsche, Reichstr. 30/32.
Telephon 8115.

Achtung, Felle!

Ziegen	bis M	220
Kalb	naß, per Kilo	68
Rind	naß, per Kilo	31
Hasen	bis M	48
Sajen	bis M	25
Kanin	prima bis M	23

Schafwolle

ungewaschen per Kilo M 60
gewaschen per Kilo 85
Kaufe auch bei Händler
zu Engrospreisen.

Rosner

Reichstr. 24, im Hof
Eds. Goldhahngehren.

Felle

Ziegen 325
Kanin 30
Katzen 50
Hasen 25

Auch für alle Arten
Felle u. Edelfelle zahlt
die höchsten Preise

Kujawski

jetzt Uferstr. 12, im Hofe

Neue Preise

zahlt für

Ziegen	bis	270.— M
Kanin	"	28.— M
Hasen	"	25.— M
Iltis	"	350.— M
Marder	"	220.— M
Füchse	"	690.— M
Katzen	"	48.— M

Rind-, Kalb-, Schaffelle

zu höchsten
Engros-Tagespreisen.

Schafwolle

ungewaschen bis 60.— M
gewaschen 90.— M

Js. Grünes

Leipzig
Plauenische Str. 3/5.

Bung!

Ich kaufe und zahle:

Kauslumpen	1 kg	1.75
Alte gestr. Wolle	1 kg	25.—
Neutuchabfälle	1 kg	8.—
Rot- u. Weißweinf.	70 l	—
Sektflaschen	Stück	1.—
Kanin	Stück bis	30.—
Hasen	Stück bis	23.—
Ziegenfelle	Stück bis	250.—
Katzen	Stück bis	48.—
Zeltungen	kg	1.20
Bücher	kg	80 ct

Auf Wunsch wird selbst
abgeholt.

P. Pachtmann

Wittenberger Strasse 36.
Telephon 16416.
Strassend. u. Haltetello 30.

Kaufgeuche

Kaufe jed. Post. Leim u. Schellack. Ohmann, Modern, Warburgstr. 1, III. r.

Tafelleim

kauft Tischlerei, Bauhofstr. 4
IP. n. Inf.-Stiefel, 28 od. 29, (am 180. Kft. Welsa. Gemeindef. 21)

1 Paar Fußballschuhe, Gr. 38, zu kaufen gesucht. Preisoff. unt. N. 30 an Fil. Weissenfeller Str.

Wadewitz

Windmühlenstraße 33
(neben Astoria). Tel. 15475

zahlt höchste Preise für

Anzüge

Balet., Hof., Jack., West., Schw., gestr. Hosen, Gehrock, Smoking, Guitars, Sports-Anzüge, Hül., D., Sach., Hof., Blus., Mänt., Drillach, Militär-Schuhe, Stiefel, Möbel, g. Wirsch, Uhr., K., Reit., gold. u. silb. Schmuck, Weltw., Uhren, S. u. D. Unterw., Oberh., Federb., Znl., Gard., Stor., Teppiche, Div.-Decken u. sonst. verwendbares.

Wäsche

Küch., Babyw., S. u. D. Unterw., Oberh., Federb., Znl., Gard., Stor., Teppiche, Div.-Decken u. sonst. verwendbares.

Leihhaus-Scheine, Nachlassachen.

Bringmaschine, auch defekt ff.

Kirchhof, Ron. Kreuzstr. 46, S.

Schallplatten

alte und zerbrochene, kauft
Kilo 16 Mk.
oder Stück nach Größe bis 6 M
Steg, Sell., Weidlichstr. 15 (am Ostheim), Straßenbahnlinie 8.

Kaufe und tausche

geg. neue Grammophonplatten alte u. zerbrochene
Schallplatten, Phonographenwalzen
Zahlte höchste Preise.
Richter, Reichstr. 19, I.

Schallplatten

auch zerbrochene
Stk. bis 5.4 M.
Jeromias, Stötterher Str. 9.

Bandoneon

100 Stk., oft. zu kauf. at. Neu. Hofer Str. 48, III. I.

Kaufe Spieldosen

trieblos Grammophone, Bandoneons, Laute, Gitarren, Mandolinen, Violinen, Zithern mit Mechanik. ☎
Richter, Reichstr. 19, I.

Unsere Geschäfte sind von
heute Montag
den 8. März an

mittags v. 12¹/₂ - 2¹/₂ Uhr
geschlossen

Theodor Althoff

Gebrüder Joske

Ury Gebrüder

Häute - Felle

und zahlen für

Füchse	bis	700.— Mt.
Ziegen	"	825.— "
Marder	"	2500.— "
Iltisse	"	455.— "
Hasen	"	28.50 "
Rehe	"	58.— "
Kanin	"	30.— "
Katzen	"	52.— "
Schaffelle	"	12.50 "
Hamster	"	10.— "
Kalb pro Pfd.	"	45.— "
Rind	"	17.— "

Maulwürfe Höchstpreise.

Rabinowicz & Co.

Nikolaistraße 26/32
Nur 2 Treppen
(Fahrstuhl) ☎ Telephon 8189
Nicht in den Laden gehen.

Quecksilber

kg bis 180 Mk.
Kupfer bis 26.00 Mk.
Messing " 15.00 "

Blei	"	9.50 "
Zink	"	8.50 "
Eisen	"	1.50 "
Papier	"	1.50 "
Lumpen	"	8.00 "
Flasch.	"	1.00 "

kauft und holt ab
Jordan, Stöckertstr. 10, 96

Kaufe zu hohen Preisen

alle Militär-Sachen
Schuhe und Stiefel
Zivil-Sachen
Wäsche, Leihhaus-Scheine.
Walter Fritzsche
Rb., Frommannstr. 13, 2b

Blusen u. Hosen,
Mtl.-Mäntel, Bls.-Sach., einz. Jackets, Hosen u. Westen, neue Mtl.-Stiefel u. Schuhe, Sonn. Ueberziehe, Welt- u. Leihwäsche, Leihhaus-Scheine — kauft alles.
Klink, Danische Gasse 6, pt.
Suche a. Priv. gl. Ontaw. od. dkl. Jack.-Anz. f. g. Flg. u. hell. Som.-Uebz. Windmühlstr. 32S. A. IV. r.

Büchse, Federb. u. Steppdecke zu kaufen gesucht. Gruber, Wind., Gumborfer Str. 27, I. 1.

Kaufe

Wäsche aller Art,
Gardinen, Teppiche.
Richter, Reichstr. 19, I.

Bettwäsche, Leihwäsche,

Federbetten, Julettis kauft zu hohen Preisen
Sprei, Brühl 11, III., Vorderh.

Bettwäsche, Handtuch.

Federbetten, Julettis, gr. Tafelstücher kauft zu höchsten Preisen
Martha Leuschner,
Bayerische Straße 12, II. I.
4 Fenster Gardinen, Julettis, bunte und weiße Bett-, Tisch- u. Handwäsche kauft oder lauscht
Fr. v. Lande, Näh. Uferstr. 10, IV.

Damenrad sucht

Schmiedt, Kieritzsch.
R.-u.-D.-Rad ohne Gu. ff. Rdn., Weidmannstr. 2, Hof., Wdrbsh.

Nähm.-gel. Nähm. g. Str. 6, III.

Nähmaschine sucht aus Privat
Layritche Straße 42, II. 10.

Kinderwg. od. Klappw. m. Verb.
L. n. Burgstr. 68, IV. Alsbach

4 Radr. Handwg., 4-5 St. Tragf. a. ff. od. geg. Stridm. a. lisch. gef. Daf. weiß. Damenleid. a. verk. Off. mit Preis an Smitata, Schönei., Robert-Blum-Str. 2.

Gebraucht. Prismenglas kauft
Gust. Volk, Dresden. Str. 62, pt.

Gebraucht. Expanter gesucht
Görschel, L. Leuschner Str. 55, I.

Platin

Brillant-, Perlenschmuck,
Gold- und Silberwaren
kauft zu höchsten Preisen
F. B. Faber, Leipzig,
Reichsstrasse 19/20.

Christliches Geschäft

zahlt für
Quecksilber
Kupfer
Messing
Blei
sowie alle anderen
Metalle
höchste Tagespreise.

Damenhayn Volkmarstr. 8.
Kirchstr. 8.

Felle

überbiete jedes Gehot
L. Michlewitsch,
Brühl 69, II. pt. 2. Tür links

Ziegen	bis	320 Mk.
Hasen	"	26 "
Kanin	"	22 "
Katzenfelle	"	50 "
Hamster	"	10 "
Kalb, naß	"	37 M. p. Pfd.

Telephon 18213.
Gärtnerstr. 29, II. und
Meißner, Eisenbahnstr. 17, II. r.

Rohe u. gegerbte Kanin bis 35 M
Maulwürfe u. a. u. Felle höchste Preise
Wüchener Leipzig, Plauenische Straße 7, II. r.

Wir überbieten

jedes Angebot

in
Hasen, Kanin
und in allen anderen
rohen Fellen u. Häuten

Steigmann & Weintraub

Gärtnerstraße 21 (Passage)

Felle!

Einkaufszentrale

Welgler, Leijngstr. 18
1. Etage, zahlt

Kanin	bis	27 Mk. p. St.
Ziegen	"	300 " " "
Hasen	"	25 " " "
Katzenfelle	"	50 " " "

Bermittelte Anzeigen

Warnung!

Warne hiermit jedermann,
meiner Frau Luise Jahn geb.
Bauchholz, wohnhaft in Lind.,
GutsMuthstr. 45, G. I., etwas zu
bergen, da ich für nichts auf-
komme. Mathias Willy Jahn.

Kind wird tagtäglich in gute
Pflege gegeben, mögl. im Südb.
viertel. Körnerstraße 17, IV. I.

Zu Kaufe 8 neue weiße Damast-
Tischsch. geg. u. nebr. Bettwäschr.
Off. u. M. A. Fil. Weissenfeller Str.

Ihr Anzug

wird wieder wie neu ge-
reinigt und gebleicht für
Mk. 2.—, Abholung u. Aus-
sendung frei. Postkarte genügt an
Wäscherei "Undine"
Leipzig-Döllitz. ☎

Schafwolle

bis 100 Mt. per Kilo Gramm
ungew. 62 Mt. p. Kilo gr.

Füchse, Iltisse,
Maulwürfe, Marder
höchste Tagespreise

Bugerrichte und rohe
Felle aller Art
kauft u. zahlt höchste Tagespreise
Weishann.
Gerberstraße 38, III. 10

Rohe Felle u. Häute
aller Art, kauft zu höchsten
Tagespreisen. Adamek,
Kantstädter Steinweg 31

bis zu 32 M l. Kaninfelle
20 M l. Zickel
zahlt B. Krause,
L. Lindenau, Burggauenstr. 12

Fell-Einkauf
Hasen-
Kanin-
Schaf-, Ziegen- sowie alle
Art. Felle l. zu bestmög. Preis.
Albin Wagner, Querstr. 27
Fernsprecher 2853. 19

Uhrmacher Urban

Spezialist für Reparaturen
Leipzig, Wächterstr. 26
Rammert & Wagner
wohnt Senefelderstr. 11, S. 1.

Wohnungen

Für Bureauraum
suche ich kleinen Laden mit ob.
ob. Wohn. od. auch 2 Pfl. Räume.
West. Off. u. G. 70 Mt. Mietzins.

Wer vermietet?

an jung. Brautpaar 21. Zimm.
m. Kochk. Off. u. 2 G. d. St.
Tausche Wohn. im D. n. St.,
K., Kll., gegen größere ebenda.
Off. u. W. 62 n. Grv. d. Plat.

Tausche Wohnung, St. n. St.,
m. Was. Neut. Busstr. g. groß.
im Osten a. 1. April. Angeb. erb.
R. Boyer, Unt. Münsterstr. 4, II.

Tausche Wohnung, St. n. St.,
geg. gleiche od. größere im D. n.
Währers Anger, Tiefstr. 2, IV.

Tausche Wohn., 2 St., 2 K.,
K., elektr. Licht, 500 A. geg. eine l.
St. n. Anger. Off. P. 4 G. d. St.

!!! Wir sind Selbstverbraucher !!!
und können deshalb die höchsten Preise zahlen:
Für 1 alte, auch zerbrochene, Grammophonplatte M 5.—
1 kg Musikschallpl. Plattenpreis 18.—
Plattenpreis 8.—
Plattenpreis 6.—
Walgendruch
Schallplattenfabrik Isiwirke, Tel. 416, Leipzig.
Deffauer Straße 26, am Berliner Bahnhof.
Auf Wunsch kostenlose Abholung. — Karte genügt.

Alle Arten Felle

kauft, allerhöchsten Tagespreis.
(Laden) ☎
Mitterstr. 35 Tel. 12675.

Achtung!

Häute, Felle, Altmetall!

kauft u. zahlt die höchsten Preise,
wie in den weitesten Kreisen
bekannt, frei Lager — für

Marder	bis	2600 M
Iltis	"	450 M
Ziegen	"	300 M
Roß	"	500 M
Füchse	"	700 M
Hasen	"	28 M
Rehe	"	60 M
Katzen	"	52 M
Schaf	a kg	26 M
Rind	"	36 M
Kalb	"	84 M
Kupfer	"	25 M
Rotgüß	"	22 M
Messing	"	15 M
Blei	"	10 M
Zink	"	8 M

Max Streubel, Leipzig,
Große Meißnerstraße 14, I.

Kleine Inserate

können auf Vorkaufungen
geschrieben werden.
Das Porto beträgt für Post-
anweisungen bis 5 Mark
30 Pfg.

Gold- und Silberwaren

(keine Münzen)

Brillanten

Perlen/Platin/Uhren
Ketten /// Ringe
Krismen - Gläser
Leihhaus-Scheine usw
kauft und zahlt
allerhöchste Preise

Franz Försterling
Nachfolger
Inh. Karl Friedrichsen
Leipzig, Nordstraße 1

Felle!

für Marder 2500 Mk. per Stck.

" Füchse	700 "
" Iltisse	450 "
" Hasen	45 "
" Kanin	25 "
" Ziegenfelle	300 Mk. per Stck.
" Kalb, naß	40 Mk. per Pfd.
" Rind, naß	18 " " "

Maulwürfe, Hasen, höch. e Tagespreise:
zahlt das Fell- und Rauchwaren-Haus
S. Wahrenberg, Uferstr. 3, III. Tr.

Moderne und geschmackvolle

Drucksachen

für jeden Bedarf in ein-
und mehrfarbig. Aus-
führung liefert schnell
bei billigsten Preisen

Leipziger

Buchdruckerei AG

Tauchatz Str. 19-21 Fernsprecher 4596
Kotato betriebs bestens geeignet für
pünktliche Lieferung von Massenaufträgen

Moderne und geschmackvolle

Drucksachen

für jeden Bedarf in ein-
und mehrfarbig. Aus-
führung liefert schnell
bei billigsten Preisen

Leipziger

Buchdruckerei AG

Tauchatz Str. 19-21 Fernsprecher 4596
Kotato betriebs bestens geeignet für
pünktliche Lieferung von Massenaufträgen